

Becchi, Paolo¹

Das Ende Europas

I. Einleitung

Am Anfang der Europäischen Geschichte steht der griechische Mythos: Der Göttervater Zeus hatte sich in Europa, die schöne Tochter eines phönizischen Königs aus dem heutigen Syrien, verliebt. In der Gestalt eines schönen, weißen Stieres verführte und entführte er sie über das Meer. In Kreta angekommen und in seine ursprüngliche Göttergestalt zurückverwandelt, zeugt er mit ihr drei Kinder, darunter Minos, auf den wir noch zurückkommen werden. Bis hierher erzählt der Mythos von einer Eintracht zwischen Tier, Mensch und Gott. Die Entführung geschieht freiwillig, es gibt keine Gewalt. Wie wir gegen Schluss dieses Vortrags sehen werden, hat die Geschichte aber alles andere als friedliche Konsequenzen, welche wir bis heute spüren.

Bevor nun aber der Mythos Europa zur politischen Realität werden konnte, musste viel Zeit vergehen. Es dauerte bis in die Neuzeit, als die europäische Philosophie zunächst die Idee des modernen, souveränen Staates entwickelte.

Wenn Jean Jacques Rousseau 1772 sagte, „es gibt heute keine Franzosen, Deutsche, Spanier und selbst keine Engländer mehr ... ; es gibt nur noch Europäer“², redete er keineswegs einem gesamteuropäischen Staatswesen das Wort, sondern plädierte für einen Nationalstaat: „Gebt den Leidenschaften der Polen eine andere Richtung, und ihr werdet ihren Seelen eine nationale Physiognomie geben, die sie von andern Völkern unterscheidet, die sie verhindern wird, sich mit ihnen zu vermischen, an ihnen Gefallen zu finden, sich mit ihnen zu verbinden.“³

Das 19. Jh. war denn auch von der Entstehung eigenständiger europäischer Nationalstaaten geprägt. Die an sich berechtigte demokratische Forderung nach nationaler Unabhängigkeit mündete jedoch schnell in Nationalismus – und dieser in Machtstreben. Das Resultat haben wir in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in zwei Weltkriegen gesehen. Europa wurde vom Zentrum der Welt zur Peripherie, Deutschland zerstört und geteilt.

Ideen zur Vereinigung der europäischen Staaten gab es wie gesagt schon vorher. Umgesetzt werden konnten sie erst nach 1945. Nach dem wirtschaftlichen Niedergang der Kriegsjahre hatte sich jedoch der Akzent von der Politik zur Wirtschaft verschoben, was schon in den Namen der 1951 gegründeten EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) und der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) von 1957 zeigt. Gründungsstaaten waren damals 6 Länder: Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande, wobei Deutschland und Frankreich von Beginn an am meisten Einfluss hatten.

Die EWG war ein Bündnis von Staaten, die ihre nationale Souveränität behielten. Ihr Entscheidungsorgan war der Ministerrat der Mitgliedsstaaten. Daran änderte auch die

¹ Az ELTE díszdoktora, az Universität Luzern jog- és államfilozófia professzora, a Genovai Egyetem Jogi Karának jogfilozófia professzora

² J. J. Rousseau, *Considérations sur le gouvernement de Pologne* (1772), in *Collection complète des œuvres*, Genève, 1780-1789, vol. 1, in-4°; deutsch: *Betrachtungen über die Regierung Polens und über deren vorgeschlagene Reform*, in Ders., *Sozialphilosophische und Politische Schriften*, München, 1981, S. 563-655, S. 572 f.

³ a.a.O.

Schaffung des Europäischen Parlaments von 1976 nichts. Zwar wurden dessen Mitglieder direkt von den Bürgern Europas gewählt, doch hatte es bei wichtigen Geschäften nicht viel mitzureden. Die Macht verblieb bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Die Idee einer „Europäischen Republik“ blieb somit ein Traum, den viele träumten: Die politische Rechte sah darin einen starken Partner an der Seite der USA gegen die Sowjetunion, während die Linke sich eine politische Alternative zum globalen Neoliberalismus amerikanischer Prägung wünschte.

Und der Vertrag von Maastricht von 1992, der die Europäische Union ins Leben rief, liess schon durchblicken, in welche Richtung sich Europa entwickeln sollte.

II. Die Krise des Sozialstaates und der Neoliberalismus

Auch wenn sich wenige bewusst waren: Mit dem Vertrag von Maastricht hatte Europa eine eindeutige Wegrichtung eingeschlagen. Hin zu jenem Primat der Wirtschaft über die Politik. Zwar zeichnete dieser Europa schon zu seiner Gründungszeit aus, doch damals eher im Geiste einer gelenkten Wirtschaftspolitik. Doch Ende der 70er Jahre drehte der Wind stark in Richtung Neoliberalismus. Der Sozialstaat der Nachkriegsjahre keynesianischer Prägung, geriet in die Krise, und mit ihm die Idee des Staates, der lenkend in die Wirtschaft eingreift, indem er öffentliche Ausgaben und Löhne erhöht, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken.

Seit den 80er Jahren, der Reagan-Thatcher-Ära, wurden dagegen neoliberale Lehren wie der deutschen Ordoliberalen und der Österreichischen Schule wieder salonfähig.⁴ Und genau diese sollten die theoretische Grundlage für den Vertrag von Maastricht, die Gründung der Europäischen Union und die Einführung der Einheitswährung bilden.

An die Stelle des wirtschaftslenkenden Staates sollte der Minimalstaat treten. Dieser beschränkte sich darauf, minimale Grundregeln für einen möglichst freien Wettbewerb zu schaffen und eine stabilitätsorientierte Währungspolitik zu garantieren, die einzig die Preisstabilität anvisiert.⁵ In diesem Geiste wurde auch die Einheitswährung konzipiert. Die einzigen Instrumente, um die Wirtschaft anzukurbeln, sind die Mechanismen des Marktes und der freie Wettbewerb. Der Staat hat sich darauf zu beschränken, die Einhaltung der Grundregeln zu überwachen.

Von einer eigentlichen Sozialpolitik kann hier nicht mehr gesprochen werden: Man hofft vielmehr darauf, dass die Wirtschaft die sozialen Probleme selbst löst. Der Staat hat nicht mehr die Aufgabe, das Gute zu schaffen, sondern nur noch, das Böse abzuwenden. Und dieses Böse wurde vor allem in der Inflation gesehen, im Gelddrucken, antizyklischer Investitionspolitik, der Erhöhung öffentlicher Ausgaben und Verzerrung der Märkte. Solches Gedankengut findet sich schon beim österreichischen Ökonom Friedrich August von Hayek, und man darf in einem 1939 erschienenen Artikel durchaus die ideologischen Grundlagen des Modells der Europäischen Union sehen.⁶

In jenem Beitrag diskutierte Hayek die wirtschaftlichen Bedingungen für die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung. Um eine solche Föderation zu schaffen, müssen sich die Mitgliedstaaten zunächst auf eine gemeinsame Verteidigungs- und Aussenpolitik einigen. Sodann müssen sie ein gleiches Wirtschaftssystem aufweisen, so dass ein einheitlicher Markt geschaffen werden kann. In diesem Einheitsmarkt (*single market*) sollte es auch nur eine Währung geben, und eine Zentralbank sollte an die Stelle der

⁴ Vgl. M. Foucault, *Naissance de la biopolitique, Cours au collège de France 1978-1979*, Hautes Études, Gallimard-Seuil, Paris, 2004.

⁵ Vgl. R. Sally, *L'ordoliberalismo e il mercato sociale*, in «IBL Occasional Paper», 90, 10 Dezember, 2012.

⁶ Vgl. F.A. v. Hayek, *Individualism and Economic Order*, Routledge Press, London, 1949, S. 255-272, deutsch: *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich, 1952. Dazu kritisch W. Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 2013.

Notenbanken der Mitgliedstaaten treten. Zusammen mit dem freien Güter- und Kapitalverkehr wird die Kontrolle der Mitgliedstaaten über die Wirtschafts- und Geldpolitik verhindert.

Nun könnte man denken, dass die auf nationaler Ebene verlorene Souveränität auf Föderationsebene wiedergewonnen wird. Doch nach Hayek würden analoge Befugnisse des Zentralstaats dem Sozialismus zudienen und somit das Konzept des freien Wettbewerbs gefährden. So sollte der Zentralstaat die Nationalstaaten ihrer Souveränität berauben, um sie in die Hände des freien Marktes und Wettbewerbes zu legen. Hayek folgert und fordert: „Jedenfalls wird die Lenkung des Wirtschaftslebens in einem Bundesstaat einen viel engeren Spielraum haben als in einem Nationalstaat. Und da die Macht der den Bundesstaat bildenden Staaten noch begrenzter sein wird, werden viele Eingriffe in das Wirtschaftsleben, an die wir gewöhnt sind, in einer föderativen Organisation völlig undurchführbar sein.“⁷

Somit sollen also weder die Mitgliedstaaten noch die Föderation in die Wirtschaft eingreifen. Diese ist demnach nicht demokratisch geordnet, sondern lenkt sich selber. Man will keinen „Staat über den Staaten“, sondern man will die Staatlichkeit als solche überwinden. Die Nationalstaaten treten ihre Macht an ein Gebilde ab, dessen Verfassung der freie Markt ist. Alles, was mit „Lenkung“ und staatlichem Eingriff in die Wirtschaft zu tun hat, wird als Sozialismus abgelehnt.

Die 2007 begonnene Krise hat diese Neoliberale Prägung der Europäischen Union nun gänzlich zum Vorschein gebracht.

III. Die Einführung der Einheitswährung – ein europäischer Staatsstreich

Die letzten Jahre waren geprägt von Krisen öffentlicher Haushalte vor allem in südeuropäischen Ländern. Ihnen folgten rigorose Sparprogramme mit dem Abbau staatlicher Leistungen. Vor der Einführung des Euro hatten zahlreiche namhafte Ökonomen davor gewarnt, die Einheitswährung würde vor allem südeuropäische Länder in die Krise führen. Niemand hat auf sie gehört.⁸

Sollte man nun „für Maastricht sterben“ und im Euro „ein historisches Ziel“ sehen, „für das es alle erforderlichen Opfer darzubringen gilt“, wie 1997 der damalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta schrieb oder hatte die Gegenseite Recht, wonach der Euro „uns teilen und die Bürger vom europäischen Ideal entfernen“ würde?⁹ Letzteres scheint eingetreten zu sein. Die heutige Krise Europas geht auf die überstürzte und unter Druck erfolgte Einführung des Euro zurück. Eine Währung ohne Staat, ein weltweites Unikum, das jedoch die Mitgliedstaaten ihrer selbständigen Wirtschaftspolitik beraubte: Der Zwang zum Budgetausgleich und die Einhaltung von Finanzplänen der Brüsseler Bürokratie kommt gar einem Verlust an Souveränität gleich. Die gesamte Geschichte des Euro, von seiner Einführung am 1. Januar 1999, kulminierend in der Krise von 2011, kann als eigentlicher Staatsstreich auf Raten bezeichnet werden. Das Europäische Parlament wurde übergangen, der Ministerrat und die Europäische Kommission rissen alle Macht an sich.

⁷ F. A. Hayek, *The Economic Conditions of Interstate Federalism* (1939), deutsch: *Die wirtschaftlichen Voraussetzungen föderativer Zusammenschlüsse*, in Ders.: *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, Eugen Rensch Verlag, Erlenbach-Zürich, 1952, S. 324 ff., 335.

⁸ R. Dornbusch, *Euro fantasies*, in «Foreign Affairs», vol. 75, n. 5, 1996, S. 113-124; P. Krugman, *The euro: beware of what you wish for*, in <http://web.mit.edu/krugman/www/euronote.html>, 1998; M. Feldstein, *EMU and international conflict*, in «Foreign Affairs», vol. 76, n. 6, 1997, S. 61-72; D. Salvatore, *The common unresolved problems within EMS an the EMU*, in «American Economic Review», vol. 87, n. 2, 1997, S. 224-226.

⁹ L. Caracciolo, *Euro No. Non morire per Maastricht*, Laterza, Roma-Bari, 1997 und E. Letta, *Euro Sì. Morire per Maastricht*, Laterza, Roma-Bari, 1997.

Die demokratisch gewählten Regierungen in Griechenland und Italien wurden kurzerhand durch „technische“ Kabinette ersetzt, um eine zum Fetisch verkommene Einheitswährung zu schützen. Statt die europäischen Völker zu vereinen, hat der Euro das Gegenteil bewirkt. Die Union hat sich zu einem Kampfplatz von Gläubiger- und Schuldnerstaaten gewandelt. Und um letztere zu rigorosen Sparpolitiken zu zwingen, wurden ihnen eurokompatible Regierungen aufgezwungen. Doch war, wie gesagt, bereits die Einführung des Euros ein Staatsstreich auf gesamteuropäischer Ebene. Freilich eine gewagte These, doch sie ist nicht von mir, sondern von Giuseppe Guarino, einem bedeutenden italienischen Staatsrechtler und ehemaligen Minister. Er zeigte auf, wie der Ministerrat auf Vorschlag der EU-Kommission eine Verordnung erliess, mit dem er die Einführung des Euros beschleunigte, ohne sich an die im Vertrag von Maastricht vorgesehenen Regeln zu halten.¹⁰

Jener Vertrag, der die Europäische Union begründete, entstand im Zuge des Zusammenbruchs des Ostblocks (1989-1991), der den Weg für die deutsche Wiedervereinigung ebnete.¹¹ Frankreich befürchtete damals, durch ein erstarkendes Deutschland seine Vormachtstellung in Europa zu verlieren, die es seit dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ innehatte.

Vor allen hatte François Mitterrand die Gefahr eines wiedervereinigten Deutschland angemahnt. Von daher rührte die Idee, Deutschland mit dem Vertrag von Maastricht (1992) zu „europäisieren“ und Europa zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zu machen. „Maastricht“ war politisch gesehen nichts anderes als der Preis, den Kohl seinem „Freund“ Mitterrand für die Wiedervereinigung zu bezahlen hatte. Und als „Gegenleistung“ hat Helmut Kohl immerhin die Deindustrialisierung Italiens erhalten.¹² Dieser deutsch-französische Handel wurde natürlich mit üppiger europäistischer Rhetorik maskiert. Doch in den Ländern, in denen das Volk über den Vertrag abstimmen konnte, zeigte sich einiges Misstrauen: Wo er angenommen wurde, geschah dies – wie in Frankreich – sehr knapp. Selbstredend die Abstimmungen in Irland und Dänemark, die nach einem ersten „Nein“ wiederholt werden mussten.

Nun sah der Vertrag von Maastricht folgendes vor: Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 3 a genannten gemeinsamen Politiken oder Maßnahmen eine harmonische und ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, ein beständiges, nicht-inflationäres und umweltverträgliches Wachstum, einen hohen Grad an Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern (Art. 2).

Auch wenn der Vertrag bereits einige Fesseln beinhaltete (so die jährliche Verschuldungsquote von 3% und die totale Staatsverschuldungsquote von 60% des BIP), wurden diese durch den soeben zitierten Artikel etwas relativiert, so dass mit anderen Worten die „starken“ Staaten die „schwachen“ nicht zu erdrücken drohten.

In Art. 102A bekräftigte der Vertrag, dass „die Mitgliedstaaten ... ihre Wirtschaftspolitik so aus[richten], daß sie ... zur Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 beitragen“. In Ausnahmesituationen war sogar eine Verschuldung über die erwähnten Quoten hinaus vorgesehen: Nach Art. 104 C Abs. 1 mussten die Mitgliedstaaten zwar „übermäßige öffentliche Defizite“ vermeiden. Sonst würde nach Abs. 3

¹⁰ Cfr. G. Guarino, *Cittadini europei e crisi dell'euro*, Editoriale Scientifica, Napoli, 2014, S. 31-99.

¹¹ Cfr. V. Giacché, *Anschluss. L'annessione. L'unificazione della Germania e il futuro dell'Europa*, Imprimatur editore, Reggio Emilia, 2014.

¹² Cfr. N. Galloni, *Chi ha tradito l'economia italiana*, Editori Riuniti University Press, Roma, 2012.

„berücksichtigt, ob das öffentliche Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft, ... ferner alle sonstigen einschlägigen Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedstaats“.

Alles vernünftige und vorsichtige Regelungen. Sodann bekannte sich der Vertrag – über den Grundsatz der freien Markt-wirtschaft hinaus – zu einem nachhaltigen, umweltverträglichen Wachstum und strebte hohes Beschäftigungsniveau, sozialen Schutz, Hebung der Lebensqualität sowie Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten an.

In Art. 103 Abs. 5 wurde der Europäische Rat jedoch ermächtigt, „die Einzelheiten des Verfahrens der multilateralen Überwachung“ für die Koordination der Wirtschaftspolitik fest-zulegen. Und so erliess dieser Rat Anfang Juli 1997 auf Vorschlag der EU-Kommission die Verordnung Nr. 1466/97 „über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken“, die ein Jahr später in Kraft trat.

Dem erwähnte Staatsrechtler Guarino ist – leider im Gegensatz zu anderen Juristen – nicht entgangen, dass diese Verordnung zwar vorgibt, sich an den Maastrichter Vertrag zu halten, diesen tatsächlich aber verletzt. Eine EU-Verordnung kann niemals einen völkerrechtlichen Vertrag abändern. Ein solcher Vertrag kann nur in derselben Form eines neuen Vertrages verändert werden.

In dieser Verordnung ist nun nicht mehr von der „harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des Wirtschaftslebens“ in den Mitgliedstaaten die Rede. Stand die Schaffung einer Einheitswährung für den Vertrag von Maastricht am Ende eines wirtschaftlichen Vereinheitlichungsprozesses, wird sie nun als vorrangiges Ziel anvisiert.

Worauf es dabei ankommt, ist „das mittelfristige Ziel für einen nahezu ausgeglichenen Haushalt“ der Mitgliedstaaten (Art. 3 Abs. 2 lit. a), und es wird zur Hauptaufgabe des Europäischen Rats, darüber zu wachen. Hätte sich gemäss dem Vertrag von Maastricht die Einheitswährung an die wirtschaftliche Realität anpassen sollen, musste gemäss der neuen Verordnung genau das Gegenteil geschehen: die Anpassung der Realität an die neue Währung.

Deshalb sprach Guarino von „Staatsstreich“.¹³ Aber da es keinen europäischen Einheitsstaat gibt, handelte es sich um Staatsstreiche gegen die einzelnen Mitgliedstaaten, die einer eigenen Wirtschaftspolitik beraubt und zur Einhaltung der Budgetvorgaben gezwungen wurden.

Was aber hat zu dieser Beschleunigung hin zur Einheitswährung geführt? Ein Einheitsmarkt mit Einheitswährung erlaubt eine höhere Kapitalwachstumsrate. So hätte Marx geantwortet – und damit wohl nicht Unrecht gehabt. Und so hat sich Europa in den Euro verwandelt, durch ein rein wirtschaftliches Projekt im Dienste der finanziellen Oligarchien, ganz im Sinne des herrschenden neoliberalen Kapitalismus. An Stelle des Europas der Bürger das Europa der EZB, die ohne jegliche politische Kontrolle über die neue Währung herrschen sollte.

Die Europäische Union: fortan ein transnationales Regime, dessen einzige Aufgabe es ist, einen global konkurrenzfähigen europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen. Die einzelnen Mitgliedstaaten, die die wirtschaftlichen Interessen ihrer Bürger verteidigen, stehen dem Vormarsch der kapitalistischen Kolonisierung dabei nur noch im Weg.

Man könnte mir nun vorwerfen, in den Chor antikapitalistischer und kommunistischer Parolen der „alten Linken“ einzustimmen. Doch sei daran erinnert, dass auch John Rawls, einer der grössten politischen Philosophen der zweiten Hälfte des vergangenen Jh. als bekennender Liberaler 1998: Der grosse gesamteuropäische Offenmarkt ist das Ziel der Grossbanken und der kapitalistischen Business Class, die nur auf grössere Gewinne aus sind.

¹³ Vgl. G. Guarino, *Cittadini europei e crisi dell'euro*, cit., S. 40. Vgl. auch L. Gallino, *Il colpo di Stato di banche e governi. L'attacco alla democrazia in Europa*, Einaudi, Torino, 2013.

Es geht um die Idee eines schieren, unbegrenzten Wirtschaftswachstums ohne konkrete Endabsichten. Wenn sie von Verteilung sprechen, vertrauen sie darauf, dass vom Reichtum der Reichen irgendwie schon etwas zu den Armen durchsickern wird. Langfristiges Ergebnis ist – wie bereits in den USA – eine Zivilgesellschaft, die sich in einem sinnlosen Konsumismus verloren hat. Ich glaube nicht, dass wir das wollen.

The large open market including all of Europe is aim of the large banks and the capitalist business class whose main goal is simply larger profit. The idea of economic growth, onwards and upwards, with no specific end in sight, fits this class perfectly. If they speak about distribution, it is [al]most always in terms of trickle down. The longterm result of this — which we already have in the United States — is a ci-vil society awash in a meaningless consumerism of some kind. I can't believe that that is what you want.¹⁴

IV. Europa und der Minotauros

Doch es kam noch schlimmer, als Rawls dachte: Statt Wachstum Sparpolitik ohne Ende, statt einem „sinnlosen Konsumismus“ eine sinn- und endlose Krise. Und Hauptursache dieser Krise ist die Einheitswährung, die mit einem Staatsstreich eingeführt wurde, unter Umgehung des Europäischen Parlaments – des einzigen Organs, dem noch eine Spur von demokratischer Legitimität innewohnte.

Und nun wird diese Währung, koste es, was es wolle, am Leben erhalten. Tatsächlich hat die Beibehaltung des Euros während der bis heute andauernden Krise das europäische Gemeinschaftsrecht geradezu ausgehöhlt. Sowohl der so genannte Stabilitätspakt als auch der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus, die beiden Rettungsinstrumente des Euros, waren Verträge auf zwischenstaatlicher, nicht europäisch-gemeinschaftlicher Ebene.

Warum wählte man diesen Weg? Die Antwort ist nicht schwer. Man wollte die Krise technokratisch lösen und das Europäische wie die Länderparlamente ausschalten. Stabilitätspakt und ESM wurden vom Ministerrat beschlossen, der aus den Regierungschefs der Mitgliedstaaten besteht und von Deutschland dominiert wird – was sich wieder zeigt, als Angela Merkel „ihren“ Kandidaten Juncker als Kommissionspräsident durchsetzte. Auch wenn er keine gesetzgeberischen Kompetenzen hat, gibt der Ministerrat – so sieht es der Lissabonner Vertrag vor – der Union die nötigen Entwicklungsimpulse und definiert die politische Ausrichtung. Die starke Legitimation seiner Mitglieder (demokratisch gewählter Regierungschefs) kontrastiert mit der fehlenden Legitimation seiner Entscheidungen, die von keiner anderen europäischen Instanz kontrolliert werden könnten.

Wollten wir einen Vergleich mit historischen Vorbildern wagen, ähnelte dieser Ministerrat wohl am ehesten den Monarchien der noch jungen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts. Die EU hat nun die Nationalstaaten noch nicht ganz abgeschafft, wohl aber zum überwiegenden Teil ihrer Souveränität beraubt.

So unterscheiden sich die Mitgliedstaaten nur noch ökonomisch in „Schuldnerstaaten“ und „Gläubigerstaaten“. Kriege werden nicht mehr mit Waffen, sondern durch Zinsspreads und aufgezwungene Sparpolitiken geführt.

Entgegen landläufiger Meinung rührt die gegenwärtige Krise nicht etwa von zu hohen Staatsschulden her, sondern von den ungleichen Zahlungsbilanzen der Euro-Staaten. Ein Vergleich dieser Bilanzwerte vor und nach Einführung des Euro ist aufschlussreich: Nach Einführung des Euros erfuhren die Staaten Südeuropas einen Abfluss an Geldern in Richtung Nordeuropa, das nun vermehrt südeuropäische Staatsanleihen kaufte. Da die Exporte vom

¹⁴ J. Rawls, P. van Parijs, *Three Letters on The Law of Peoples and the European Union* in «Revue de philosophie économique» 8, 2003, S.7- 20.

Norden in den Süden zunehmen, floss Geld vom Süden in den Norden, und die Nordländer konnten mit diesem Geld immer mehr südländische Staatsanleihen erwerben.¹⁵

So wurden die Staaten des Nordens zu „Gläubigern“ und die mediterranen Länder zu ihren „Schuldnern“, die nun enorme soziale Kosten auf sich nehmen mussten, um ihre Schulden – und die darauf anfallenden Zinsen – tragen zu können. Da diese Schuldtitel vermehrt von „ausländischen“ Mitgliedstaaten gehalten wurden, machten sich die verschuldeten Staaten entsprechend erpressbar. Ein Vertrauensverlust an den Kapitalmärkten reichte nun zum Staatsbankrott.

Solches geschah in Italien in der zweiten Jahreshälfte 2011: Das Misstrauen der Märkte und der von der Regierung Berlusconi angedrohte Austritt Italiens aus der Eurozone stürzte Berlusconi. Die danach gebildete Regierung Monti hatte dann nur noch eine Aufgabe: Die vom Europäischen Rat diktierte Sparpolitik durchzusetzen.

Der so genannte „Fiscal Compact“ wurde am 2. März 2012 von ebendiesem Rat verabschiedet, wobei das Europäische Parlament zuvor nicht einmal angehört worden wäre. Für einen Schuldnerstaat wie Italien eine unbedingte Kapitulation gegenüber dem Gläubigerstaat Deutschland: Im April 2012 wurde durch eine Verfassungsänderung eine Schuldenbremse eingeführt. Die im Parlament erreichte überwältigende Mehrheit à la Nordkorea verhinderte dabei ein sonst vorgesehenes Volksreferendum. An diesem Tag wurde Italien von einer „demokratischen, auf Arbeit gegründeten Republik“ (art. 1 der italienischen Verfassung) zu einem auf Euro und Budgetausgleich gegründeten Regime. Die Demokratie wurde zur Fassade.

In der Zwischenzeit haben die Regierungen wieder gewechselt. Könnte Italien nun aus dem „Fiscal Compact“ austreten, um sich wieder zur Demokratie zu bekennen? Völkerrechtlich wäre dies möglich, zumal es sich beim „Fiscal Compact“, wie gesagt, nicht um einen europäischen, sondern zwischenstaatlichen Vertrag handelt. Art. 61 und 62 des hier anwendbaren Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge von 1969 ermöglichen den Vertragsrücktritt bei „nachträglicher Unmöglichkeit der Erfüllung“ bzw. bei „grundlegender Änderung der Umstände“. Die vom Stabilitätspakt geforderte Reduktion der Staatsverschuldung auf 60% des BIP innert 20 Jahren kann von Italien nicht getragen werden. Ein Vertragsrücktritt wäre demnach die beste und ehrlichste Lösung.

Doch so einfach ist die Sache nicht! Art. 4 des Stabilitätspaktes lautet: Geht das Verhältnis zwischen dem gesamtstaatlichen Schuldenstand einer Vertragspartei und dem Bruttoinlandsprodukt über den in Artikel 1 des den Verträgen zur Europäischen Union beigefügten Protokolls (Nr. 12) über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit genannten Referenzwert von 60 % hinaus, so verringert diese Vertragspartei es gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit in der durch die Verordnung (EU) Nr. 1177/2011 des Rates vom 8. November 2011 geänderten Fassung als Richtwert um durchschnittlich ein Zwanzigstel jährlich. Das Bestehen eines übermäßigen Defizits durch die Verletzung des Schuldenkriteriums wird vom Rat nach dem Verfahren des Artikels 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgestellt werden. Auch wenn ein Staat vom Fiskalpakt austreten würde, blieben die zwei erwähnten Verordnungen für ihn weiterhin in Kraft.

Die Opposition im Europäischen Parlament sollten die Legitimität solcher Verordnungen unbedingt in Frage stellen. Es kann nicht angehen, dass solche Verordnungen gegen übergeordnetes Recht verstossen, namentlich den Vertrag von Maastricht und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

¹⁵ Vgl. A. Bagnai, *Il tramonto dell'Euro. Come e perché la fine della moneta unica salverebbe democrazia e benessere in Europa*, Imprimatur editore, Reggio Emilia, 2012 und A. Bagnai, *L'Italia può farcela. Equità, flessibilità, democrazia. Strategie per vivere nella globalizzazione*, Il Saggiatore, Milano, 2014.

Art. 126 des Letzteren würde nämlich auch Defizite von über 3% erlauben, solange sie „ausnahmsweise und vorübergehend“ sind. Das bedeutet, dass ein Mitgliedstaat sich verschulden dürfte, wenn eine notwendige Investitionspolitik nur durch Erhöhung öffentlicher Ausgaben umgesetzt werden kann. Somit wurde nicht nur der Euro durch einen Staatsstreich eingeführt, sondern auch die Verträge, die ihn stützen sollten, sind mit übergeordnetem Europäischen Recht unvereinbar.

Die Europäische Union wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht aus der Taufe gehoben und hatte ein bestimmtes politisches Ziel: Die Europäische Integration zu bekräftigen und zu verhindern, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung zu stark würde. Der Euro war Teil dieser Zielsetzung. Doch die Art und Weise ihn einzuführen, ohne zuvor die notwendigen wirtschaftspolitischen Grundlagen geschaffen zu haben, führte zu einer weiteren Ironie der Geschichte: Statt die Machtposition Deutschlands zu begrenzen, bereitete der Euro Deutschland grosse Vorteile.

Träumte Frankreich davon, Deutschland durch die Einheitswährung politisch stärker an Europa zu binden, sah Deutschland seinen wirtschaftlichen Traum verwirklicht: das Ende flexibler Wechselkurse. Vorher war die D-Mark chronisch überbewertet, mit desaströsen für die deutsche Exportindustrie. Mit Einführung des Euro drehte sich der Spieß um: Deutschland konnte seine Exporte wieder steigern, allerdings auf Kosten der anderen Staaten (vorab Italien), denen Währungsabwertungen zur Stärkung der Exportwirtschaft fortan verwehrt waren.

Während Deutschlands Wirtschaft also auf Kosten der anderen Staaten wuchs, mussten im Süden die Löhne und Staatsausgaben gekürzt und höhere Arbeitslosenraten hingenommen werden. Sparpolitik für den Euro. Es konnte ja nicht anders kommen: Eine Währung nach dem Vorbild der D-Mark mochte für Deutschland gut sein, nicht aber für Europa. Statt es zu einen, hat der Euro die Mitgliedstaaten gespalten und eine neue Art Nationalismus geweckt.

Man müsste nun den Mut haben, der Wahrheit ins Auge zu schauen und diese Währungsunion aufzulösen. In der Geschichte waren solche Einheitswährungen nie für die Ewigkeit bestimmt. Wenn sie nicht funktionieren, kann man sie auflösen, ohne einen Weltuntergang zu bewirken. Der Euro bringt die Europäische Verfassung zu Fall. So wie die Bürger jene Verfassung abgelehnt hatten, so lehnen sie heute die Einheitswährung ab. Aber so wie man damals die Verfassung rettete, indem man sie in einen Vertrag verwandelte, so verfährt man heute mit dem Euro. Er lebt weiter, jedoch auf Kosten der Mitgliedstaaten, die ihre wirtschaftspolitische Selbständigkeit verloren haben und nun in einem eisernen Käfig gefangen sind. Die Griechische Staatsschuldenkrise illustriert dies gut: Der zuletzt erzielte Kompromiss löst die Probleme keineswegs, stuft Griechenland aber zu einer deutschen Kolonie herab.

Statt Deutschland zu „europäisieren“, wurde Europa „germanisiert“. Statt die europäischen Völker zu einen, hat der Euro sie auseinandergebracht. Die Philosophen nennen dies eine „Heterogonie der Zwecke“. Der Nationalismus der D-Mark wurde zum Nationalismus eines deutschen Euros. Und so ist die „deutsche Frage“ wieder aktueller denn je.¹⁶

Der Euro war nicht nur einer der grössten Fehler der globalen Wirtschaftsgeschichte, aber auch ein politischer Schiffbruch. Der grösste Fehler war wohl, dass keine Austrittsmöglichkeit vorgesehen war. Während der Vertrag von Lissabon in Art. 50 sogar den Austritt aus der Europäischen Union regelt, fehlt eine analoge Bestimmung für den Austritt aus der Währungsunion. Es macht den Anschein, dass ein Staat nicht aus dem Euroraum austreten kann, ausser er träte zugleich auch aus der EU aus.

¹⁶ Vgl. H. Kundnani, *German Power. Das Paradox der deutschen Stärke*, Beck, München, 2016; D. Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt: Die fatale Sprengkraft des Euro*, Europa Verlag, München, 2013.

Gegen Ende dieses Vortrages komme ich wieder zum griechischen Mythos des Anfangs zurück: Wie gesagt, eines der Kinder des Göttervaters Zeus und der schönen Europa war Minos, der später König von Kreta wurde. Weil seine Frau die Götter nicht ehrte, wurde dem Königspaar ein Ungeheuer geboren: der Minotaurus. Er hatte den Kopf eines Stiers und den Körper eines Menschen und von der Bevölkerung Menschenopfer erpresste. Immerhin konnte das Monster später in ein Labyrinth verbannt und schliesslich vom Helden Theseus getötet werden.

Nun, mit dem Euro haben wir dieses Monster wiedergeboren. Wenn wir die Zerstörung Europas abwenden wollen, muss es uns gelingen, auch den neuen Minotaurus ins Labyrinth zu verbannen. In der Hoffnung, dass ein neuer Theseus kommt und uns von ihm erlöst.

V. Das Ende Europas?

Die Geschichte hat eines gezeigt: Das moderne Europa besteht aus unterschiedlichen Völkern, die zwar entschlossen haben, untereinander keine Kriege mehr zu führen, die aber an ihrer Eigenständigkeit festhalten. Trotz Globalisierung bilden sie heterogene Gesellschaften und trotz EU-Recht Nationalstaaten mit eigenständigen Rechtsordnungen. Ohne *Ortung* gibt es keine *Ordnung*, wie der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt sagte. Der Versuch, alles zu vereinheitlichen und gleichzumachen, mag ein Traum des neoliberalen Kapitalismus sein. Die Völker und Bürger Europas träumen ihn nicht.

Europas Rettung hängt davon ab, ob es seine geistigen Wurzeln wiedererlangt. Die beiden Philosophen Husserl und Heidegger hatten in den 30er Jahren davon gesprochen, dass das „geistige Europa“ in Griechenland geboren wurde und sich vom „Einfluss des Asiatischen“ emanzipierte.¹⁷ Indem wir heute mit Griechenland die Wiege der europäischen Demokratie und Philosophie zerstören, reissen wir unsere eigenen Wurzeln aus. Es ist die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, die Europa in der Weltgeschichte stets auszeichnete. Seine Identität liegt in seinen Unterschieden. Und seine Zukunft liegt nicht in einer erzwungenen politischen Einigung, sondern in einem Selbstbild, das einem antiken Mosaik gleicht: Dessen Schönheit liegt ja gerade in der Verschiedenheit der Steine, aus denen es zusammengesetzt ist.

Wir brauchen nicht „mehr Europa“, sondern ein anderes Europa. Natürlich ist es schwierig zu sagen, wie „anders“ es sein sollte, wenn wir uns die aktuelle Krise vor Augen halten. Eine Fortsetzung des jetzigen Irrweges führt zum langsamen, aber sicheren Niedergang Europas.

Ohne die Parallelen überdehnen zu wollen, können gewisse Ähnlichkeiten der heutigen Krise zum Untergang des Römischen Reiches ausgemacht werden. Zu dessen Fallstricken gehörten schliesslich auch eine Währungskrise und ein

¹⁷„Das geistige Europa hat eine Geburtsstätte. Ich meine damit nicht geographisch in einem Land, obschon auch das zutrifft, sondern eine geistige Geburtsstätte in einer Nation, bzw. in einzelnen Menschen und menschlichen Gruppen dieser Nation. Es ist die altgriechische Nation im 7. und 6. Jahrhundert v. Chr.“ (E. Husserl, *Die Philosophie in der Krisis der europäischen Menschheit*) in Ders., *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie*, hg. von W. Biemel, Martinus Nijhoff, Den Haag, 1976) und: „Unser geschichtliches Dasein erfährt mit gesteigerter Bedrängnis und Deutlichkeit, daß seine Zukunft gleichkommt dem nackten Entweder-Oder einer Rettung Europas oder seiner Zerstörung. Die Möglichkeit der Rettung aber verlangt ein Doppeltes: 1. Die Bewahrung der europäischen Völker vor dem Asiatischen. 2. Die Überwindung ihrer eigenen Entwurzelung und Aufsplitterung“ (M. Heidegger, *Europa und die deutsche Philosophie* (1936), in: *Europa und die Philosophie*, hg. von H.-H. Gander, Frankfurt a.M., 1993, S. 31).

Bevölkerungsrückgang.¹⁸ Krisenfaktoren leider auch im heutigen Europa. Natürlich ist unsere heutige Währungskrise anders als im spätrömischen Reich: Die Einführung einer Einheitswährung ohne vorgängige Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, von denen heute einige schwer büssen müssen.

Der heutige Bevölkerungsrückgang in Europa – vielleicht das grösste Problem in den nächsten Jahrzehnten – hat mehr gemeinsam mit dem Ende des Römischen Reiches. Roms Bevölkerung brach bis im 5. Jh. von einer Million auf 20.000 ein, die Bevölkerung des Reiches von 55-60 auf 25-30 Millionen. Dieser demografische Kollaps machte das Reich verwundbar, und es konnte grossen Migrationsbewegungen keinen Einhalt mehr gebieten.

Der Fall des Römischen Reiches muss uns Heutige warnen.¹⁹ Afrika ist jung und wächst rasant, während der alte Kontinent Europa „überaltert“ und schrumpft. Natürlich sind demografische Prozesse langsam. Man halte sich aber vor Augen, dass in Ländern wie Italien, Spanien oder Deutschland schon heute die Hälfte der Einwohner über 45 Jahre alt ist, während die Bevölkerung von Nigeria alleine von heute 175 auf 400 Millionen im Jahre 2050 steigen wird.

Die heutige Massimmigration als giftige Nebenwirkung der Globalisierung wird die Probleme nur noch vergrössern. Das Römische Reich zerbrach an der Völkerwanderung, als sie im 5. und 6. Jh. völlig ausser Kontrolle geriet.²⁰ Sicher gibt es Unterschiede zu heute. Damals bevölkerten eingewanderte Barbarenstämme ganze Landstriche, heute wandern eher Einzelpersonen, heimlich und ohne Papiere in unsere Städte. Die EU scheint auf diese Einwanderung, die wohl lange Zeit andauern wird, völlig unvorbereitet²¹: Es gibt keine seriöse Einwanderungspolitik, vielmehr wird das Problem auf sicherheitspolitische Aspekte reduziert oder zur humanitären „Aufnahmepolitik“ erklärt. Deutschland scheint sich auch hier das beste Stück zu sichern, indem es mit der Aufnahme syrischer Flüchtlinge zu billigen, aber gut ausgebildeten Arbeitskräften kommt. Verlierer sind wiederum die Staaten Südeuropas, denen dann die Aufnahme von Massen afrikanischer Einwanderer ohne jegliche Bildung verbleibt.

Das Einwanderungsproblem als vorübergehende Notlage zu betrachten und aus ihr noch Gewinn ziehen zu wollen, wird Europa zu Fall bringen, wie damals das Römische Reich. Ohne es zu bemerken, sind wir in die Endphase der Globalisierung eingetreten: Nach Globalisierung der Märkte werden nun auch die Menschen globalisiert. Der perverseste Effekt der Globalisierung war die Idee, das kapitalistische Modell, das im Westen so gut funktionierte, nach Afrika zu exportieren – in einen Kontinent, dessen Wirtschaftssystem (ausser in Südafrika) noch beinahe das gleiche war wie vor Jahrtausenden. Das Resultat: Ein von Hunger und Kriegen geplagter Kontinent. Den Afrikanern bleibt nichts, als zu flüchten, und der nächstgelegene Fluchtort ist Europa.

So flüchten sie in Massen über das Meer, manchmal vor Kriegen, fast immer vor Misere und Armut, zu der wir freilich beigetragen haben. Dann bieten sie sich als billige Kräfte für illegale und unterbezahlte Arbeiten an und entfachen so Verteilungskämpfe unter den Armen Europas, die sich in die Arme nationalistisch-populistischer Parteien werfen. Auf die von Bruxelles erzwungene Entwurzelung der europäischen Bürger folgt nun diejenige durch die Globalisierung, die im wahrsten Sinne des Wortes keinen Ort der Welt mehr verschont.

¹⁸ Vgl. A. Demandt, *Der Fall Roms. Die Auflösung des römischen Reiches im Urteil der Nachwelt*, C.H. Beck, München, 1984.

¹⁹ Vgl. M. De Jaeghere, *Les derniers jours: la fin de l'empire romain d'Occident*, Les belles lettres, Paris, 2015.

²⁰ Vgl. A. Barbero, *Barbari. Immigrati, profughi, deportati nell'Impero romano*, Laterza, Roma-Bari, 2007.

²¹ Vgl. C. Amirante, M. Pascali, *Alien. Immigrazione clandestina e diritti umani*, Editoriale Scientifica, Napoli, 2015.

Unsere Realitäten scheinen immer mehr grenzenlos. Einerseits treten die Nationalstaaten immer mehr Kompetenzen an Einheitsgebilde wie die EU ab, andererseits kommen Massen von Menschen zu uns, mit denen wir nur die Spezieszugehörigkeit gemeinsam haben. Ohne Grenzen aber können wir weder uns selbst in unserer Identität noch die anderen in ihrer Andersartigkeit erkennen. Natürlich bleibt eine vereinigende Menschheit, aber das reicht nicht. Denn deren Schönheit liegt ja gerade in ihrer Mannigfaltigkeit. Doch die Versuchung lebt weiter, alles zur Einheit zu verschmelzen: *eine* Währung, *ein* Staat, *ein* Mensch.

Am Ende dieser Entwicklung gibt es vielleicht nicht nur, wie Rousseau prophezeite, keine Franzosen, Deutsche und Spanier mehr, sondern vielleicht nicht einmal mehr Europäer. Nur noch „abstrakte“ und austauschbare Menschen ohne eigene Geschichte, Kultur und Sprache. Erwartet uns ein solches Schicksal? Wird der Europäer der Zukunft ein Mischling sein? Wird ein europäischer Einheitsstaat die Nationalstaaten spurlos verschwinden lassen? Alles Andere als die Fantasie der Vereinigten Staaten Europas!

Im Jahr 1925 hatte Coudenhove Kalergi, ein glühender Paneuropäer und geistiger Vater der heutigen Europäischen Union, prophezeit: „Die Eurasisch Negroide-Rasse der Zukunft wird vom Aussehen her den alten Ägyptern ähneln und statt der Vielfalt der Völker werden wir eine Vielfalt der Individuen sehen.“²² Schwierig zu sagen, ob sich die Voraussage in den nächsten Jahrzehnten bewahrheiten oder ob Europa es schaffen wird, die Europäische Union zu überleben. Nur die Geschichte wird es zeigen.

²² R.N. Coudenhove Kalergi, *Praktischer Idealismus. Adel, Technik, Pazifismus*, Pan Europa Verlag, Wien-Leipzig, 1925, S. 22-23.